

Andreas Förster (Hg.)

Geheimsache NSU

Zehn Morde,
von Aufklärung keine Spur

KLÖPFER&MEYER

Wann ist schon einmal mit einer solch geballten politischen Macht versucht worden, die Versäumnisse und das Mittun von staatlichen Behörden in einer Verbrechensserie zu vertuschen?

Dabei hatte die Bundeskanzlerin doch ihr Wort gegeben: »Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen«, sagte Angela Merkel am 23. Februar 2012 auf der Trauerfeier für die vom NSU ermordeten Menschen. Die Morde seien auch ein Anschlag auf unser Land gewesen, fügte die Kanzlerin damals noch hinzu und versprach, dass in Bund und Ländern alles getan werde, um die Taten des NSU aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken.

Das Versprechen ist bislang nicht eingelöst worden. Gut zweieinhalb Jahre nach dem Aufliegen der rechten Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« fällt die Bilanz der Aufklärung ernüchternd aus. Zwar stehen die Überlebende des mutmaßlichen NSU-Trios, Beate Zschäpe, und vier ihrer möglichen Helfershelfer in München vor Gericht. Ob die fünf Angeklagten aber auch verurteilt werden, wenn möglicherweise im Sommer 2015 der Prozess endet, ist längst nicht sicher – zu viele Indizien und Beweise der Anklage stehen auf wackligen Füßen.

Was darauf zurückzuführen ist, dass die Ermittlungsbehörden vielen Spuren und Hinweisen, die tiefer in das

undurchsichtige Geflecht aus gewaltbereiten Neonazis, zwielichtigen Verfassungsschutzspitzeln und Geheimdiensten führen, nicht nachgegangen sind. Zu groß war offenbar der politische Druck, in möglichst kurzer Zeit eine einigermaßen belastbare Anklage für einen Prozess zu zimmern, die eine Mitverantwortung staatlicher Behörden für die NSU-Mordserie konsequent ausspart.

Kanzlerin Merkel sprach auf der Trauerfeier im Februar 2012 davon, dass die Morde des NSU eine Schande für unser Land sind. Aber es ist auch eine Schande, wie bei der Suche nach den Ursachen des rechten Terrors die Mitverantwortung staatlicher Behörden vertuscht werden soll und sich die

Ermittler politischen Vorgaben unterwerfen. Ebenso schändlich ist es, dass mit Klaus-Dieter Fritsche einer der Hauptverantwortlichen für das Versagen der Geheimdienste und Mitverantwortlicher für die rechtswidrige Vernichtung von Verfassungsschutzakten nach dem Aufliegen des NSU heute im Kanzleramt die deutschen Nachrichtendienste anleitet. Fritsche hat als langjähriger Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und späterer Innenstaatssekretär maßgeblich jene Geheimdienststrategie zu verantworten, die das Entstehen einer rechtsterroristischen Organisation in Deutschland erst ermöglichte.

Die von der Bundesanwaltschaft in

ihrer Anklage vertretene Theorie einer abgeschotteten dreiköpfigen Terrorzelle, von der weder Freund noch Feind wussten, ist für den Staat die praktikabelste Lösung: Die beiden angeblichen Todesschützen sind nicht mehr am Leben, so dass man ihnen die Täterschaft nicht nachzuweisen braucht; die Hauptangeklagte schweigt, weil sie keine entlastenden Beweise vorbringen kann oder es (noch) nicht will, was Anklage und Verteidigung die Möglichkeiten einer Verständigung im Prozessverlauf offenhält; Polizei und Verfassungsschutz werden lediglich Fehler und Versäumnisse in ihrer Arbeit zugeschrieben, was ihre Mitverantwortung für die NSU-Mordserie unter eine – auch juristisch –